

Une présidence, pour quoi faire?

1997, aus Anlass der letzten EU-Präsidentschaft Luxemburgs, brachte *forum* ein Heft heraus, das die Funktionsweise der Europäischen Union und einzelne Politikbereiche der EU vorstellte. Es sollte deutlich machen, wie wichtig europäische Politik für unser tägliches Leben und die nationale Politik sei.

Das sind heute Allgemeinplätze, die fast jedem Bürger bewusst sind. Gerade in Luxemburg sind weite Teile der Bevölkerung hervorragend über "Europa" informiert, die Informationsdichte und auch die Qualität der Berichterstattung der Medien sind außerordentlich hoch. Logische Folge ist, dass die Menschen sich sehr wohl zutrauen, bei dem Thema EU mitzureden und Fragen nach unbequemen Einzelheiten zu stellen. Das jahrzehntealte (Totschlag-) Argument, wonach die europäische Einigung nicht kritisch hinterfragt werden dürfe, um nicht die größte europäische Friedensleistung nach dem Westfälischen Frieden in Misskredit zu bringen, zieht nicht mehr. Was bislang hinter einem diskreten Schleier in Brüssel von Regierungsvertretern, Verwaltungen und Lobbyisten erreicht oder auch verbrochen wurde, untersteht immer stärker der Kontrolle der Öffentlichkeit. Henri Wehenkel erinnert im Einleitungsbeitrag zu diesem Dossier daran, dass es nach 50 Jahren europäischer Integrationsgeschichte höchste Zeit wird, den Bürger als Akteur auch auf europäischer Ebene ernst zu nehmen.

Die Beiträge in diesem Heft werden vor diesem Hintergrund von einer einfachen Frage geleitet: Wozu sollte die Luxemburger Regierung die Präsidentschaft nutzen und hat der Vorsitz überhaupt Spielraum für eigene Initiativen.

Einen in dieser Hinsicht ernüchternden aber spannenden Einblick geben das Interview mit dem delegierten Außenminister Nicolas Schmit und der Beitrag von Charles Elsen, der bis vor kurzem noch Luxemburgs höchster Beamte im Rat der Europäischen Union war und hier seine jahrzehntelange Erfahrung teilt.



Der Europaabgeordnete Claude Turmes unterstellt hingegen, dass der luxemburgische Vorsitz sehr wohl Spielraum für Initiativen hat, um den wirtschaftsliberalen Kräften in der Union Alternativen entgegenzusetzen. Gleichzeitig muss er gerade in den Dossiers Umwelt- und Sozialpolitik eine zu starke politische Zurückhaltung Luxemburgs feststellen. Die Infragestellung des europäischen Sozialmodells steht auch im Zentrum des zweiten Beitrags von Henri Wehenkel. Ergänzend zu diesem Thema wird das neueste Buch von Raoul Marc Jennar vorgestellt, der vor wenigen

Tagen in der französischen Nationalversammlung den Preis der "Amis du Monde diplomatique" erhalten hat. Bei Jennar wird deutlich, dass gerade die stärksten Anhänger der europäischen Idee heute zu den vehementesten Kritikern der aktuellen Entwicklung gehören.

Lex Folscheid untersucht die Möglichkeiten und Strategien der luxemburgischen Außenpolitik. Für den "Zwerg auf den Schultern der Riesen" sieht er eine vielversprechende Zukunft. Bleibt abzuwarten, ob die Regierung in dieses Potential investieren möchte. Jürgen Stoldt erinnert in seinem Beitrag über Betrugsbekämpfung an die Gründe für den Sturz der Santerkommission vor fünf Jahren. Unter luxemburgischer Präsidentschaft müssen die Weichen in diesem Bereich neu gestellt werden. Zum Abschluss werden stellvertretend für eine Vielzahl von Aktivitäten der Zivilgesellschaft die Aktionen des Cercle de Coopération (Mike Mathias) und der Caritas (Agnes Rausch) vorgestellt. Raymond Klein berichtet von den Versuchen, in Luxemburg einen Gegengipfel zu den offiziellen Veranstaltungen zu organisieren.

Vor wenigen Tagen spekulierte der Historiker Gilbert Trausch auf einer Konferenz, wie die Geschichtsschreibung in hundert Jahren den Beginn des 21. Jahrhunderts in Europa bewerten würde. Seine Ahnung sei all jenen aufs Nachtkissen gelegt, die glauben, dass es in der aktuellen europäischen Politik nur um technische Einzelheiten ginge. Trausch befürchtet, dass der Beginn des 21. Jahrhunderts mit dem Ende des europäischen Sozialmodells verbunden sein wird.